



Wahlprüfsteine des Bündnisses Freie Bildung zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 13. März 2016

Das Bündnis Freie Bildung ist eine Vereinigung von Organisationen, die die Idee Freier Bildungsmaterialien (Open Educational Resources oder OER genannt) in Gesellschaft und Politik fördern möchten. Dabei sind für uns nur solche Materialien "frei" und "offen", die der [Open Definition](#) genügen. Das bedeutet: Bildungsmaterialien sind offen, wenn alle darauf frei zugreifen, sie nutzen, verändern und teilen können – eingeschränkt höchstens durch Maßnahmen, die Ursprung und Offenheit des Wissens bewahren.

1. Befürworten Sie eine generelle Regelung, nach der Bildungsmaterialien, deren Erstellung aus öffentlichen Mittel (ko)finanziert wurde, nach den Grundsätzen der [Open Definition](#) der Allgemeinheit frei zugänglich gemacht werden sollen?
2. Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um den Zugang aller Menschen zu freien Bildungsmaterialien zu gewährleisten?
3. Inwieweit wollen Sie öffentlich finanzierte Angestellte im Bildungswesen dazu verpflichten, die von Ihnen im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit erstellten Inhalte unter einer Freien Lizenz zu veröffentlichen?
4. Was möchten Sie konkret in der kommenden Legislaturperiode zur Verbesserung des Zugangs zu Bildungsmaterialien unternehmen?
5. Sehen Sie bestimmte Lizenzen, die in Ihrem Land als Standard oder Empfehlung für Open Educational Resources gelten sollten?

Antworten der Parteien (in alphabetischer Reihenfolge)

1. Befürworten Sie eine generelle Regelung, nach der Bildungsmaterialien, deren Erstellung aus öffentlichen Mittel (ko)finanziert wurde, nach den Grundsätzen der [Open Definition](#) der Allgemeinheit frei zugänglich gemacht werden sollen?

Bündnis 90/Die Grünen

Das Ziel, ganz oder weitgehend öffentlich finanzierte Bildungsmaterialien der Allgemeinheit frei zugänglich zu machen, halten wir für sehr sinnvoll. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir den Einsatz freier Lern- und Lehrmaterialien an den Schulen stärken. Wir setzen uns dafür ein, die Infrastruktur des Landesmedienzentrums, mit der OER-Materialien für Lehrpersonen und die Öffentlichkeit bereitgestellt werden können, deutlich auszubauen. Hingewiesen sei auch auf die hierzu bereits in der 15. Legislaturperiode unternommenen Schritte (vgl. LT-Drs. 15/1772, Fragen 5 bis 9).

Um Lehrerinnen und Lehrer auf dem Weg zu diesem Ziel mitzunehmen, ist es uns wichtig, auf Freiwilligkeit und Anreize zu setzen (siehe Frage 3).

FDP

Grundsätzlich ist ein möglichst freier Zugang zu Bildungsmaterialien aus Sicht der FDP erstrebenswert. Öffentliche Bedienstete dazu zu verpflichten, dass sie schriftliche Erzeugnisse unentgeltlich veröffentlichen, wäre aus unserer Sicht jedoch nicht nur urheberrechtlich problematisch. Die Freiheit von Forschung und Lehre bilden das Fundament für die Exzellenz unserer Wissenschaft und ihre nationale wie internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Wissenschaftsfreiheit ist deshalb für uns Freie Demokraten ein hohes Gut, das wir nicht gefährden wollen. Die von der grün-roten Landesregierung ins Landeshochschulgesetz gebrachte Ermächtigung der Hochschulen, durch Satzung eine Pflicht zur Zweitveröffentlichung bestimmter Arbeiten festzuschreiben, lehnen wir deshalb als urheberrechtlichproblematischen und lediglich Bürokratie verursachenden Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit ab.

Die Linke

Wir befürworten eine generelle Regelung, nach der Bildungsmaterialien, deren Erstellung aus mindestens 50% aus öffentlichen Mitteln (ko-)finanziert wurde, nach den Grundsätzen der Open Definition der Allgemeinheit frei zugänglich zu machen.

DIE LINKE setzt sich seit längerem für eine Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheberrecht ein und hat eine solche auch im Bundestag beantragt. Es soll aus unserer

Sicht um Regelungen gehen, die belastbar sind und die künftige Entwicklung abdecken können.

DIE LINKE versteht sich als Unterstützerin eines möglichst ungehinderten Zugangs zu Wissen und Informationen. Denn schließlich sprechen wir hier von Wissen und Informationen in einem weitgehend öffentlich finanzierten Bildungs- und Wissenschaftssystem. Jede Verknappung von Wissen und Informationen läuft der Hauptaufgabe dieses öffentlichen Bildungs- und Wissenschaftssystems zuwider.

SPD

Open Educational Resources (OER) können einen wesentlichen Beitrag zur inhaltlichen Weiterentwicklung unseres Bildungssystems leisten. Frei zugängliche Lehr- und Lernmaterialien die von jederfrau und jedermann weitergegeben, weiterentwickelt und geteilt werden können, stärken vor allem die Chancengleichheit. OERs sollten in unser Bildungssystem integriert und hierfür eine umfassende OER-Strategie entwickelt werden, um die didaktischen Möglichkeiten mittels freier Lizenzen und Formate zu nutzen. Entscheidend dabei ist es, dass solche Materialien wirklich offen und nicht an bestimmte Plattformen gebunden sind.

Zuerst gilt es, für OER eine höhere Akzeptanz und Anwendung zu erreichen. Ab Erreichen einer zu definierenden Durchdringung sollten dann auch entsprechende Grundsätze definiert und etabliert werden.

Piratenpartei

Dies entspricht den Grundsätzen der Piratenpartei. Was öffentlich finanziert wurde, muss allen zugänglich sein.

2. Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um den Zugang aller Menschen zu freien Bildungsmaterialien zu gewährleisten?

Bündnis 90/Die Grünen

Wir gehen davon aus, dass – mit der Ausnahme von Selbstlernmaterialien und Online-Kursen – in erster Linie Bildungseinrichtungen, Lehrerinnen und Lehrer am Zugang zu freien Bildungsmaterialien interessiert sind, in zweiter Linie Schüler*innen und Studierende, und erst in dritter Linie die Bevölkerung insgesamt. Insofern halten wir es für richtig, wenn der Fokus zunächst auf den zuerst genannten Zielgruppen liegt – etwa beim Ausbau des Angebots beim Landesmedienzentrum –, ohne jedoch andere Nutzer*innen von Bildungsmaterialien damit auszuschließen. Zudem ist auf die Bedeutung von Volkshochschulen und Bibliotheken als Schnittstellen zu Bildungsangeboten hinzuweisen. Im Blick auf die Hochschullehre wollen wir ein landesweites Repositorium für hochschulische Lehr- und Lernmaterialien aufbauen, auf das Lehrende an den Hochschulen zugreifen können sollen.

FDP

Wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beispielsweise in einer bestimmten wissenschaftlichen Reihe veröffentlichen, kann dies mit der Qualitätssicherung zu tun haben, da die Herausgeber dieser Reihen mit ihrem hohem fachlichen Anspruch, mit ihrer redaktionellen Bearbeitung, mithin mit ihrem Namen, für die Qualität der Veröffentlichung stehen. Außerdem wird mit der Möglichkeit eines Zuverdienstes durch ein Autorenhonorar ein Anreiz zur Veröffentlichung über das ideelle Verbreitungsinteresse hinaus gesetzt. Die FDP tritt stattdessen dafür ein, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf unkomplizierte Weise Veröffentlichungen beziehungsweise Zweitveröffentlichungen ihrer Aufsätze, die in Periodika erschienen sind, vornehmen können. Deshalb wollen wir die Hochschulen verpflichten, ihren Wissenschaftlern eine unentgeltliche Veröffentlichung oder Zweitveröffentlichung auf hierfür zur Verfügung gestellten Plattformen zu ermöglichen; die hierfür erforderlichen Mittel muss das Land zur Verfügung stellen. Hierzu hat die FDP/DVP Fraktion im Rahmen der Novellierung des Landeshochschulgesetzes einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht (Landtags-Drucksache 15/4978_13).

Die Linke

DIE LINKE würde es begrüßen, wenn vom Kultusministerium zukünftig weniger Geld für restriktiv zensierte Lizenzen ausgegeben werden müsste und mehr Mittel für die Entwicklung und Bereitstellung von OER zur Verfügung stehen würden. Wir brauchen hierfür eine umfassende OER-Strategie. Die Förderung von Initiativen, die OER entwickeln und zugänglich machen ist für uns eine Kernaufgabe im Bildungsbereich. Die Abhängigkeit von klassischen Schulbuchverlagen, die nicht zuletzt mit hohen Kosten einhergeht, wird auf Dauer nur mit Hilfe des Einsatzes von offenen und freien Lehrmaterialien überwunden werden können. Leider ist der Bereich derzeit noch sehr unübersichtlich. Es fehlt an einer effektiven Vernetzung der beteiligten Akteure ebenso wie an einer strukturierten Aufarbeitung der zur Verfügung stehenden Ressourcen. Organisationen wie die Wikimedia Deutschland leisten hier eine wertvolle Pionierarbeit. Auch fehlt es oft noch an einer Abstimmung der Initiativen, die OER entwickeln, mit den Kultusministern, die über die Lehrpläne an den Schulen und die Zulassung der Schulbücher entscheiden. Hier ist ein besseres Zusammenspiel dringend nötig, um OER zum Durchbruch zu verhelfen. Auch sind Schulleiter_innen, Fachgruppenleiter_innen und Ersteller_innen von Lehrmaterialien in urheberrechtlichen Fragen oft unsicher oder scheuen den Aufwand, selbst erstellte Materialien Dritten zugänglich zu machen. Auch deshalb wäre es erfreulich, wenn der bildungspolitische Wert von OER stärker als bisher wahrgenommen würde. Darüber hinaus wollen wir den Internetzugang als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Gemeindeordnung verankern. Dies muss mit einem stärkeren Ausbau von insbesondere Hochgeschwindigkeitszugängen einhergehen. Wir halten die Digitalisierung von Bildungsmaterialien und die Nutzung des Internets als Bildungsressource für einen geeigneten Weg, um den Zugang zu Bildungsmaterialien, insbesondere auch im privaten Umfeld, zu verbessern.

SPD

Wichtig ist die Einrichtung von Koordinierungsstellen, die insbesondere Schulen, aber auch Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen bei dem intensiveren Umgang mit OER beraten und unterstützen. Notwendig ist die Sensibilisierung der Lehrenden zu dem Thema, um Hemmnisse abzubauen und dem Thema offen zu begegnen. Für eine höhere Akzeptanz sollten insbesondere bei der flächendeckenden Etablierung von OER Anreizsysteme geschaffen werden, die die/den Einzelne/n motivieren, sich an OER zu versuchen.

Die Informationen über Inhalte und pädagogische Nutzungsmöglichkeiten sollten z.B. auf dem Landesbildungsserver, aber auch in den Kreismedienzentren aufgenommen werden. In den Hochschulen sind die Bibliotheken, aber auch andere Medienzentren die idealen Multiplikatoren für OER.

Um die einfache Bearbeitbarkeit der Materialien zu gewährleisten, sollten diese in solch technischen Formaten verfügbar gemacht werden, für die es entsprechend auch frei verfügbare Werkzeuge zur Nutzung gibt.

Piratenpartei

Hierzu macht unser Programm keine konkrete Aussage. Praktische Umsetzungsvorschläge müssen noch erarbeitet werden.

3. Inwieweit wollen Sie öffentlich finanzierte Angestellte im Bildungswesen dazu verpflichten, die von Ihnen im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit erstellten Inhalte unter einer Freien Lizenz zu veröffentlichen?

Bündnis 90/Die Grünen

In der Novelle des Landeshochschulgesetzes 2014 wurden die Hochschulen aufgefordert, Open-Access-Satzungen zu erlassen, in denen die Zweitverwertung von Zeitschriftenveröffentlichungen der hauptberuflichen Wissenschaftler*innen auf Open-Access-Repositorien geregelt wird. Damit ist Baden-Württemberg hier bundesweit vorangegangen.

Den eingeschlagenen Weg, an den Hochschulen eScience zu fördern – auch mit Blick auf eine übergreifende Open-Access-Strategie und den vermehrten Einsatz von Online-Lehr- und Lernformten – wollen wir weitergehen. Insbesondere werden wir uns landesseitig dafür einsetzen, dass Hochschulen aufgezeichnete Lehrveranstaltungen und MOOCS unter freien Lizenzen zur Verfügung stellen.

Im schulischen Bereich ist es insbesondere wichtig, das Landesmedienzentrum so weiterzuentwickeln, dass Lehrerinnen und Lehrer in einfacher Weise in die Lage versetzt werden, selbst erstellte und erprobte Inhalte unter passenden Lizenzen frei verfügbar zu machen. Ebenso werden wir offensiv dafür werben, dass Lehrkräfte auf diese Materialien zugreifen und sie in ihrem Unterricht einsetzen. Eine automatische Veröffentlichungspflicht

für jeden im Rahmen der beruflichen Tätigkeit erstellten Inhalt halten wir dagegen für falsch. Vielmehr sollten auf öffentlichen Servern bereitgestellte Materialien hinsichtlich ihrer Qualität und hinsichtlich urheberrechtlicher Unbedenklichkeit geprüft sein, so dass hier durchaus auch mit Kosten zu rechnen ist.

FDP

Mit Sorge beobachten wir, dass Grün-Rot Chancen für eine gute Aufstellung Baden-Württembergs für die Herausforderungen der Digitalisierung nicht nutzt. Bestes Beispiel: Die Lernplattform „Bildungscloud“. Diese von Unternehmen initiierte „Open Source Business Alliance“ will eine Bildungsplattform einrichten sowie ein Vergütungssystem für Autoren und Verlage von Bildungsmedien etablieren. Auf der Plattform sollen digitale und interaktive Lehr- und Lernmittel genutzt und unter den Schulen ausgetauscht werden können. Damit stellt die Bildungscloud aus Sicht der FDP/DVP Fraktion eine Lösung für das Spannungsfeld des Urheberrechtsschutzes auf der einen Seite und dem Wunsch nach einer breiten Angebotspalette für digital zugängliche Lehr- und Lernmittel auf der anderen Seite dar.

Die Linke

Eine generelle Verpflichtung würde an der Wissenschaftsfreiheit scheitern. Dennoch wollen wir öffentlich finanzierte Angestellte im Bildungswesen dazu ermutigen, die erstellten Inhalte unter einer freien Lizenz zu veröffentlichen. Wir verweisen zudem auf die Antwort auf die Frage 1.

SPD

Zum jetzigen Zeitpunkt kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine Verpflichtung, beruflich erstellte Inhalte als OER zu veröffentlichen, zu Konflikten führen kann. Mit dem laufenden Projekt „MappingOER“ der Bundesregierung und der damit verbundenen Beschäftigung mit den Potenzialen und Herausforderungen zum Einsatz von OER soll Klarheit geschaffen werden, inwiefern eine mögliche Verpflichtung sinnvoll ist. Erst dann wird die SPD hier konkreter Stellung beziehen.

Wichtig ist dabei, das Urheberrecht zu modernisieren und weiterzuentwickeln. Notwendig sind ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht und eine umfassende Open-Access-Politik. Durch ein unabdingbares Zweitverwertungsrecht muss der freie Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen im Internet systematisch gefördert und ausgebaut werden, insbesondere wenn Beiträge durch öffentliche Mittel gefördert wurden. In der Novelle des Landeshochschulgesetzes von 2014 haben wir mit einem Passus zum Open Access-Gedanken bereits erste Ansätze gesetzt, in dem die Hochschulen ihre Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstützen sollen, um ihr Recht auf nichtkommerzielle Zweitveröffentlichung in Anspruch zu nehmen. Diesen Gedanken bedarf es weiter zu verfolgen und zu intensivieren.

Piratenpartei

Unser Programm fordert keine explizite Verpflichtung für Bedienstete, ihre Materialien unter freier Lizenz zu veröffentlichen. Dies ergibt sich nur implizit aus der öffentlichen

Finanzierung ihrer Arbeit. Maßnahmen, wie dies gewährleistet werden soll, nennen unsere Programme allerdings nicht, da sie eher politische Ziele enthalten und die Umsetzung dieser Ziele nicht durch das Programm vorgegeben wird.

4. Was möchten Sie konkret in der kommenden Legislaturperiode zur Verbesserung des Zugangs zu Bildungsmaterialien unternehmen?

Bündnis 90/Die Grünen

Neben Informationskampagnen an den Schulen, Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer und Informationsangeboten über Open Educational Resources im Rahmen der Lehrerbildung an den Hochschulen und Seminaren steht hier vor allem die Weiterentwicklung der Angebote und Infrastrukturen des Landesmedienzentrums im Mittelpunkt. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, im Rahmen der Kultusministerkonferenz hier zu bundesweit einheitlichen Standards zu kommen. Mit kommerziellen Anbietern von Bildungsmaterialien – etwa Schulbuchverlagen – wollen wir das Gespräch darüber suchen, wie eine Weiterentwicklung ihrer Geschäftsmodelle aussehen kann.

Weiter werden wir das Gespräch mit dem Südwestrundfunk sowie mit Einrichtungen wie etwa den Landesarchiven darüber suchen, dort erstellte Inhalte mit Bildungsaspekten unter geeigneten Lizenzen als offene Bildungsmaterialien zur Verfügung zu stellen. LEO-BW und die bestehenden offen zugänglichen Geodatenportale des Landes möchten wir in diesem Rahmen fortführen und weiterentwickeln.

FDP

Außerdem führt die Bildungscloud durch geschützte Räume für onlinegestützten Unterricht zu wesentlichen Verbesserungen bei der Datensicherheit. Die Bildungscloud soll dabei nicht nur die Nutzung von Bildungssoftware seitens der Schulen ermöglichen, sondern versteht sich auch als offen zugängliche Bildungsplattform. Umso unverständlicher ist die Blockadehaltung der grün-roten Landesregierung gegenüber den Initiatoren der Bildungscloud. Denn es ist zu befürchten, dass große Internetkonzerne den Markt übernehmen und mittelständische Anbieter von Bildungssoftware und traditionelle Schulbuchverlage das Nachsehen haben, wenn der Starrsinn des Kultusministeriums nicht überwunden werden kann. Viel zu spät reagiert das Kultusministerium nun und möchte kurz vor der Landtagswahl sechs Millionen Euro in eine „digitale Bildungsplattform“ investieren. Wie diese genau ausgestaltet sein soll, wer die Trägerschaft übernimmt und für welchen Personenkreis diese Plattform nutzbar sein wird, bleibt im Unklaren. Wir Freie Demokraten werden dagegen im Fall einer Regierungsbeteiligung die Chance nutzen und mit der Initiative „Bildungscloud“ an der beschriebenen Umsetzung arbeiten.

Die Linke

DIE LINKE will den Aufbau von OER und OER-Projekten befördern. Wir fordern eine Lern- und Lehrmittelfreiheit: Weder die Teilhabe am sozialen Leben in der Schule, noch die

Nutzung von Schulbüchern und Arbeitsmaterialien sollten vom sozialen Hintergrund des Elternhauses abhängig sein. Die Förderung von Initiativen, die OER entwickeln und zugänglich machen halten wir für eine Kernaufgabe im Bildungsbereich. Die Abhängigkeit von klassischen Schulbuchverlagen, die nicht zuletzt mit hohen Kosten einhergeht, wird auf Dauer nur mit Hilfe des Einsatzes von offenen und freien Lehrmaterialien überwunden werden können.

Der Zugang zu freien Bildungsmaterialien ist im Übrigen nicht nur eine Frage von freien Lizenzen, sondern auch der entsprechenden Finanzierung. Hier muss der Bund tätig werden und die Länder finanzielle unterstützen (Aufhebung Kooperationsverbot). Zudem werden wir uns ganz konkret für den Ausbau von Hochgeschwindigkeitszugängen und die Verankerung des Internetzugangs als Teil der Daseinsvorsorge in der Gemeindeordnung einsetzen.

SPD

Im Rahmen der Digitalisierungsoffensive der SPD wird auch das Thema OER an Schulen, an Hochschulen, in der beruflichen Bildung und beim lebenslangen Lernen fokussiert. Wichtig ist auch die eindeutige Absicherung der Rechtsfragen. Hier gibt es die größten Unsicherheiten, die aber durch eine höchstmögliche Transparenz beseitigt werden können. Weitere Beantwortung der Frage bereits unter 2.).

Piratenpartei

Wir streben die generelle Kostenfreiheit im Bildungssystem an [1], dies umfasst auch Lehr- und Lernmaterialien.

5. Sehen Sie bestimmte Lizenzen, die in Ihrem Land als Standard oder Empfehlung für Open Educational Resources gelten sollten?

Bündnis 90/Die Grünen

Es gibt inzwischen eine ganze Reihe rechtlich ausgearbeiteter Freier Lizenzen, insbesondere das Baukastensystem von Creative Commons bietet eine gute Grundlage für die rechtssichere Lizenzierung von Open Education Resources. Es erscheint uns sinnvoll, kein weiteres Set an Lizenzen auszuarbeiten, sondern auf einen der existierenden Standards zurückzugreifen. Aus unserer Sicht soll dabei eine möglichst weitgehende Offenheit ausschlaggebend sein.

FDP

Wir Freien Demokraten wollen, dass keine Standards oder Empfehlungen für Open Educational Resources festgelegt werden. Bei Open Resources wäre dies nicht nur ein Widerspruch in sich, sondern verbietet sich vor allem aus ordnungspolitischen Gründen. Auch deshalb befürworten die Einrichtung einer „Bildungscloud“, die Zugänge zu unterschiedlichen Bildungsmedien und -materialien eröffnet.

Die Linke

Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten offener Lizenzen wie etwa [Creative Commons](#) oder [GNU General Public License](#) einzusetzen. Es wäre sinnvoll, dauerhaft eine einheitliche Lizenzierung anzustreben.

SPD

Die Lizenzen von Creative Commons (CC) sind im deutschsprachigen Raum zu Quasi-Standards für Open Educational Resources geworden und scheinen derzeit alle notwendigen Bereiche abzudecken. Es gibt verschiedene CC-Lizenzen und darüber hinaus weitere freie Lizenzen. Viele dieser Lizenzmodelle sind untereinander nicht kompatibel. Vor diesem Hintergrund wurde wiederholt die Einführung einer neuen OER-Lizenz ins Gespräch gebracht. Während Befürworterinnen und Befürworter sich dadurch eine Vereinfachung erhoffen, widersprechen Gegnerinnen und Gegner, dass der Grad der Inkompatibilität durch ein weiteres Lizenzmodell noch erhöht werde. Diese Ansicht teilen wir zum jetzigen Zeitpunkt und empfehlen deshalb die Verwendung von CC-Lizenzen mit dem Ziel einer größtmöglichen Gewährleistung der Kompatibilität.

Piratenpartei

Wir unterstützen zwar die Entwicklung von OER [2] [3], definieren aber keine bestimmten Lizenzen vorab als Standard in unserem Programm.